

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

67 (20.3.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: 1.10 M. wöchentlich, 3.30 M. monatlich, 38.00 M. jährlich. In den Briefkästen Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Abgabe: 1.10 M. wöchentlich, 3.30 M. monatlich, 38.00 M. jährlich. In den Briefkästen Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Abgabe: 1.10 M. wöchentlich, 3.30 M. monatlich, 38.00 M. jährlich. In den Briefkästen Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Hollands Entscheidung.

Rotterdam, 19. März. (Nicht amtlich.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Heute Mittag wurde hier auf der Börse allgemein bekannt, daß unsere Regierung die Uebereinkunft mit England und Amerika angenommen habe. Die Rotterdammer haben es für so gut wie zweifellos gehalten, daß die Niederlande die gestellten Bedingungen nicht annehmen würde. Da es jetzt doch geschehen ist, ist dadurch für ihre materiellen Interessen besser gesorgt, als wenn die Alliierten die Schiffe ohne weiteres in Beschlag genommen hätten. Allerdings glaubt niemand, daß England und Amerika imstande sein würden, torpedierte niederländische Schiffe zu erlegen, aber man billigt jetzt in jedem Falle die getroffene Entscheidung, der die Alliierten aber begreiflicherweise nicht so vielen Wert beimessen, weil es fürs erste wohl nicht möglich sein wird, dafür neue Schiffe bauen zu lassen. Das alles hindert aber nicht, daß auch in den Kreisen der Alliierten die Zustimmung über die getroffene Entscheidung herrscht, die allgemein als eine Entwürdigung und ein nicht gut begrifflicher Entschluß gefunden wird. Deshalb wünscht man auch die Mitteilung der Regierung abzuwarten. Uebrigens herrscht in verschiedenen Kreisen Unruhe über das Schicksal der niederländischen Belegung der in Amerika liegenden Schiffe, die vermutlich in schwierige Verhältnisse geraten werden, und von denen sich eine Anzahl vielleicht weigern wird, auf bewaffneten Schiffen in das Sperrgebiet zu fahren.

Amsterdam, 19. März. (Nicht amtlich.) Wie aus dem Haag gemeldet wird, hat die gestrige Sitzung der Kammer darüber keine Klarheit ergeben, ob die holländischen Schiffe in Holland frei ausfahren sollen, oder ob der deutsche Vorschlag eines Bandelverkehrs angenommen wird.

Washington, 18. März. (Nicht amtlich.) Die Erörterung über die Verwendung der holländischen Schiffe durch freiwillige Uebereinkünfte oder auf dem Wege der Requisition dauern fort, wobei die Regierung die holländische Antwort abwartet. Die Begnadigung ist jedoch aufgehoben, bis die Antwort hier eingegangen ist, was nicht vor Dienstag der Fall sein wird.

Berlin, 19. März. (Privatmeldung.) Der Rotterdammer Korrespondent des „L.A.“ schreibt: Die Auffassung, daß das englische Ultimatum wahrscheinlich von der holländischen Regierung abgelehnt wurde, herrscht nicht nur in parlamentarischen Kreisen, sondern wurde, wie aus heutigen Kommentaren der holländischen Presse hervorgeht, durchweg von allen Schichten der Bevölkerung geteilt. Die Presse aller Schattierungen, vom rechten Flügel bis zum sozialistischen „Het Volk“ gibt ihrem Unwillen, ja ihrer Entrüstung freien Ausdruck. Eine Ausnahme macht nur der „Telegraaf“, den man aber nicht mehr als holländisches Blatt ansehen kann. Diese Sprache der Presse ist um so bemerkenswerter, weil die holländische Presse sich selbst in kritischen Augenblicken großer Zurückhaltung befleißigt, um die Stellung der Regierung nicht zu erschweren. Es ist ein Beweis dafür, daß die niederländische Regierung zum ersten Male in diesem Kriege eine folgenreichere Entscheidung getroffen hat, die dem Empfinden der übergroßen, noch Nationalstolz behafteten Mehrheit des holländischen Volkes zuwiderläuft.

Diese Tatsache war schon gestern zu spüren, als ich, nachdem ich mit großer Mühe in der überfüllten Kammer noch einen Platz ermothen hatte, die Haltung der Abgeordneten beobachtete. Ueberall standen kleine Gruppen zusammen, welche erregt die aus Schiffsfahrtskreisen durchgeführten Gerüchte über die Annahme der englischen Vorschläge besprachen. Als der Minister unter eisigen Schweiß der Kammer seine Rede beendet hatte, brach ein Sturm der Entrüstung aus, den der Vorsitzende nur mit Aufbietung aller Mittel und durch Aufhebung der Sitzung beenden konnte.

Der einzige Trost, sagte mir ein Abgeordneter, ist, daß die Regierung offenbar zuerst ihr möglichstes getan hat, ihr Rückgrat gegen England durch ein Getreideabkommen mit Deutschland zu stärken, und erst als sich dies als unmöglich herausstellte, England Zugeständnisse machte, die nach Art der damit verbundenen Bedingungen vielleicht von England abgelehnt werden, jedoch sich die Gelegenheit, unser Rückgrat zu stärken, in aller nächster Zeit voraussichtlich noch einmal bieten wird.

Song, 19. März. (Telegramm unseres No. Sonderberichterstatters.) Ausnahmslos erklären sich alle Abgeordnete gegen die Regierungserklärung. Man bedauert, daß die Regierung nicht mehr Stolz gezeigt und ver-

sucht hat, wie weit mit den heimischen Getreidevorräten auszukommen wäre, ehe sie sich der schmachvollen Erpressung unterwarf. Außerdem wird behauptet, daß England gar nicht damit gerechnet habe, daß seine Bedingungen so platt angenommen werden sollten. Die Entente erhält mehr, als sie selbst erhoffte, sagt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, und weist darauf hin, daß die im Rotterdammer Hafen liegenden britischen Dampfer zur Abfahrt bereit lagen, offenbar weil sie Reparaturen fürchten, falls die holländischen Schiffe in England und Amerika beschlagnahmt würden.

Die holländischen Amerikaner.

London, 19. März. (Nicht amtlich.) Die „Times“ erfahren aus Newyork vom 18. März: Die Behörden verhöhen die Inbesitznahme der 700 000 Tonnen niederländischen Schiffsräume in den amerikanischen Häfen. Der Ausschub wurde aus Höflichkeit gegen die niederländische Regierung beschloffen, um ihr noch Zeit zu lassen, die Vereinbarung über die Verwendung niederländischer Schiffe durch die Alliierten zu unterzeichnen.

Schweden liefert 400 000 Tonnen an die Entente aus.

Berlin, 19. März. (Privatmeldung.) Die Stockholm „Tidningen“ der „Täglichen Rundschau“ zufolge mitteilt, soll die schwedische Regierung auf Verlangen Englands an die Alliierten eine Erlaubnis geben, die 400 000 Tonnen schwedischen Schiffsräume, der gegenwärtig in den Häfen der Verbündeten festliegt, mit ihrer Mannschaft der Entente zur Verfügung zu überlassen und dafür die Einfuhrerlaubnis für eine Reihe von Waren erhalten, darunter auch von 280 000 Tonnen Getreide, das allerdings, wie es heißt, nicht vor Ablauf von 3 Monaten geliefert werden kann. Außerdem soll Schweden einen Teil seiner Erzarsenale, die jetzt nach Deutschland geht, an England verkaufen.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Bukarest, 19. März. (Nicht amtlich.) Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Bukarest, 19. März. (Nicht amtlich.) Alexander Marghiloman hat bekanntlich, als die Friedensverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk begannen, an die damalige Regierung in Jassy unter der Führung der Herren Bratianu und Take Jonescu eine Denkschrift geschickt, worin er in bringlicher Weise darauf hinwies, daß der geignete Augenblick gekommen sei, die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zu beginnen. Die Bevölkerung der Moldau hat erst durch eine kürzlich veröffentlichte Unterredung Marghilomans mit dem Vertreter einer Jassyer Zeitung von dieser Denkschrift Kenntnis erhalten. Die Aeusserungen Marghilomans haben, wie aus den Jassyer Blättern ersichtlich ist, in allen Kreisen der Moldau den tiefsten Eindruck gemacht und haben die Erörterung gegen die früheren Minister in grenzenloser Weise gesteigert. Bratianu sowohl wie Take Jonescu haben sich unter diesen Umständen genötigt gesehen, auf die Erklärungen Marghilomans zu erwidern.

Berlin, 19. März. (Privatmeldung.) Aus politischen Kreisen Wiens wird dem „L.A.“ zufolge gemeldet: Bekanntlich hat die rumänische Regierung in dem am 6. März abgeschlossenen Präliminarvertrag die von Oesterreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen grundsätzlich angenommen. Die Forderungen der Monarchie konnten bisher jedoch der rumänischen Regierung im einzelnen noch nicht bekannt gegeben werden, da der bisherige Delegierte, Argetoianu, infolge des Rücktritts Averescus seinen Auftrag zurückgegeben und der neue Ministerpräsident Marghiloman die Kabinettsbildung noch nicht durchgeführt hat. Die Verhandlungen werden nach der Rückkehr Marghilomans nach Bukarest, die morgen erfolgen dürfte, wieder aufgenommen werden. Morgen läuft die Waffenruhe mit Rumänien ab und man zweifelt nicht daran, daß ihre Verlängerung erfolgen wird.

Deutscher Tagesbericht.

Westliches Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Sturmtruppen preussischer, bayerischer und sächsischer Divisionen führten in

Flandern erfolgreiche Erkundungen aus und nahmen dabei mehr als 300 Belgier gefangen. Von der Küste bis zum La Bassee-Kanal war der Feuerkampf am Abend gesteigert. In der übrigen Front blieb er in mäßigen Grenzen.

Seeresgruppen Deutscher Kronprinz und von Galtwitz. Bei Zuvincourt hielten brandenburgische Stoßtruppen nach hartem Kampf 20 Gefangene aus den feindlichen Gräben. Das Artilleriefeuer lebte beiderseits von Reims und in der Champagne zeitweilig auf; an der Nordfront von Verdun nahm es an Stärke zu. Wir setzten unsere Erkundungen fort. Sächsische Abteilungen brachten auf dem Ostufer der Maas 56 Gefangene ein.

Seeresgruppe Herzog Albrecht. An vielen Stellen der lothringischen Front, in den Vogesen und im Sundgau rege Tätigkeit der Franzosen.

Wir schossen gestern im Luftkampf und von der Erde aus 23 feindliche Flugzeuge und 2 Heißluftballone ab. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 19. März, abends. (Nicht amtlich.) Regen schränkte an der Westfront die Beobachtbarkeit ein. An der Nordfront von Verdun bis zum Paroy-Walde blieb das Artilleriefeuer lebhaft.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Bereinigungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Bern, 19. März. (Nicht amtlich.) Mitteilung des politischen Departements. Mit Noten vom 16. März hat der französische Botschafter und der Kaiserlich-deutsche Gesandte den Bundespräsidenten mitgeteilt, daß ihre Regierungen den im Verlaufe der in Bern gepflogenen Verhandlungen aufgestellten Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung über die befreiten Gefangenen genehmigt hat. Diese Vereinbarung ist demnach in Kraft getreten.

Kriegsrat in London.

London, 19. März. (Nicht amtlich.) Die Zusammenkünfte des oberen Kriegsrates, ebenso wie wichtige politische Besprechungen unter dem Vorherrsche des Premierministers Lloyd George wurden abgehalten, die letzteren am 14., 15. und 16. März. Sie fanden im Beisein des Premierministers von England, Frankreich und Italien und in Gegenwart anderer Minister nebst ihren militärischen und sonstigen Sachverständigen statt.

Armenische Grausamkeiten.

Konstantinopel, 19. März. (Nicht amtlich.) Die Agentur Milli verbreitet folgenden Auszug aus Depeschen des kommandierenden Generals der 3. Armee über armenische Grausamkeiten: Die Armenier morden etwa 50 Muselmanen aus Hohan und Katschik nieder. Muselmanen, deren Anzahl nicht bekannt ist, haben die Armenier unter dem Vorwand des Straßenraubs aus Malakali fortgeführt; sie sind nicht zurückgeführt. Armenier, die aus der Stadt Erkinik nördlich von Erzerum plünderten, töteten 60 Muselmanen. In Erzerum fand man 250 verstümmelte Leichname. Unsere Kavallerie, die Kasim Kale besetzte, stellte fest, daß Frauen, Männer und Kinder in diesem Dorfe und seiner Umgebung in barbarischer Weise durch Peiliebe und Dolchstiche von den Armeniern niedergemetzelt waren, die auch einen Teil der Wohnhäuser fortgeführt hatten. Die Armenier hatten Kasim Kale in Brand gesteckt.

Russischer Sozialistontongreß.

Rotterdam, 19. März. (Nicht amtlich.) „Daily News“ erfahren aus Moskau vom 13. d. M.: Auf dem Sozialistontongreß waren 1094 Abgeordnete vertreten, von denen 737 Bolschewiki und 238 Sozialrevolutionäre waren. Swerdlow verlas die Begrüßungsrede, u. a. die Botschaft Wilsons. Tschitschew berichtete über die Friedensbedingungen. Darnach hielt Lenin, der mit einer Ovation empfangen wurde, die beweist, daß seine Haltung nicht erschüttert ist, eine lange Rede, in der er seine Auffassung über Russlands Bedürfnisse auseinandersetzte, damit es für den endgültigen Kampf zu Kräften kommen könne. Nach der Rede Lenins wurde die Sitzung verlag.



Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

In der letzten Zeit hat sich die Auslandspresse Kenntnis von einer vertraulichen Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, erhalten, in der die Politik Deutschlands und Österreichs vor Ausbruch des Weltkriegs in schonungsloser Weise kritisiert wird. Das hat zu einer Aussprache im Hauptauschuß des Reichstags am 16. März Anlaß gegeben, in der die Vertreter der Regierung und der Parteien sich mit dieser in Deutschland schon längst weiteren Kreisen bekannten Denkschrift auseinandersetzten.

Fürst Lichnowsky war als Botschafter in London Hauptträger des Gedankens der deutsch-englischen Verständigung. Das Abkommen über die Bagdadbahn und die afrikanischen Kolonien stand im Juli 1914 vor dem Abschluß, und der Fürst leitete zu einem großen Teil, auf dem der Beginn einer neuen westpolitischen Ära des Hand-in-Handgehens von Deutschland und England gefeiert werden sollte. Da aber ballte sich mit unheimlicher Geschwindigkeit im Südosten Europas das Gewitter zusammen, dessen Entladung den schönen Plan unter Trümmern begrub. Der Fürst suchte vergeblich durch eine Verständigung mit der englischen Regierung dem Unheil Halt zu gebieten: Es ging ihm genau so wie uns Sozialdemokraten und denen nicht wenigen andern, die gleich uns ehrlich um die Erhaltung des Friedens gerungen hatten. Der Ausbruch des Krieges war der Zusammenbruch seines Wertes.

Aus dieser Stimmung der Enttäuschung und Verbitterung, die durch ungerechte alldeutsche Eingriffe noch verstärkt wurde, schrieb Fürst Lichnowsky seine leidenschaftliche Streitschrift. Er beschränkte sich nicht darauf, sich selber zu verteidigen, sondern ging rückwärts zum Angriff über, indem er die Schuld an dem Ausbruch des Weltkriegs allein der Wien-Berliner Politik zuschob.

Es war klar, daß diese Schrift eine Waffe für die Gegner Deutschlands werden müßte, wenn sie in ihre Hände gelangte. Dies zu bewirken, war jedoch nicht Lichnowskys Absicht. Er ließ seine Schrift zunächst nur in 6 Exemplaren vervielfältigen, die er an seine vertrautesten Freunde weitergab. Eines dieser Exemplare wurde jedoch weiter vervielfältigt, jedoch sich der Kreis der Mitwisser rasch erweiterte. Im Januar d. Js. erschien eine in einer Geheimdruckerei ohne Zustimmung des Verfassers hergestellte Ausgabe, die in ziemlich großen Massen verbreitet wurde, und von dieser Ausgabe dürften jetzt einige Exemplare ins Ausland gedrungen sein.

Der Inhalt der Lichnowskyschen Denkschrift wirkt auf viele überraschend und erschütternd. Das sind alle die, die bisher felsenfest geglaubt hatten, daß der Weltkrieg sei einzig und allein durch niederträchtige Mächenschaften der Gegner Deutschlands entstanden. Diesen Glauben hat die sozialdemokratische Presse nie geteilt und nie vertreten, und wer von ihren Lesern ein gutes Gedächtnis hat, der wird sich daran erinnern, daß in der sozialdemokratischen Presse im Juli 1914 viel von dem zu lesen stand, was man jetzt in der Schrift Lichnowskys liest.

Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß die damaligen Auffänge der sozialdemokratischen Presse und die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky eine erschöpfende Darstellung der Kriegsverursachen sind. Gewiß ist seitdem auch manches bekannt worden, was manches in anderem Licht erscheinen läßt. Namentlich die Schrift Lichnowskys, soweit sie die Vorgänge in Berlin und Wien betrifft, krankt an dem Umstande, daß sich der Botschafter damals außerhalb des Landes eben in London, befand. Was er darüber berichtet, beruht nicht auf unmittelbarer Wahrnehmung, sondern auf Hörensagen und mag daher in einigen Punkten ungenau sein. Manches, was jetzt zur Widerlegung einzelner seiner Behauptungen gesagt wird, klingt durchaus glaubhaft.

Man darf die Schrift Lichnowskys nicht als ein endgültiges Urteil nehmen, muß sie aber doch als ein wichtiges Zeugnis betrachten, das später einmal, wenn eine leidenschaftslose Urteilsbildung möglich sein wird, sorgfältige Beachtung wird finden müssen. Dazu kann aber jetzt schon gesagt werden, daß die Zeugenschaft des Fürsten Lichnowsky zwei Seiten hat, eine belastende und eine entlastende. Lichnowsky belastet die deutsch-österreichische Politik, er entlastet die englische Politik, und da kann man, um im Bilde der Strafprozessordnung zu bleiben, von ihm sagen, daß er Belastungszeuge aus bloßem Hörensagen, Entlastungszeuge aber aus eigener Wahrnehmung ist.

Von zwei Dingen ist jetzt nur noch eines möglich: Entweder man hält den Fürsten Lichnowsky für den unheilbarsten Idioten, der je einen Botschafterposten geziert hat, oder es bleibt von der Legende, daß der Ausbruch des Weltkriegs auf eine Intrige der englischen Politik zurückzuführen sei, auch nicht das Kleinste Festhalten übrig. Fürst Lichnowsky hat die Verhandlungen mit Sir Edward Grey geführt, den er mit geradezu zärtlicher Freundschaft schildert, für dessen Friedensliebe er sich verbürgt, wie er überhaupt von seinem Londoner Botschafterposten als Freund und Bewunderer Englands zurückgekehrt ist. Trotz allem, so groß die Bedeutung dieser Veröffentlichung ist, man darf sie nicht übertreiben. Würde sich aus ihr eine Katastrophe entwickeln, so wäre das doch nur die Katastrophe einzelner Personen und eines Systems, das während des Krieges ohnehin genug Miße und Sprünge bekommen hat, nicht aber die Katastrophe Deutschlands. Das deutsche Volk denkt nicht daran, die Waffen aus der Hand fallen zu lassen aus Schreck darüber, was für eine Politik seine Mentoren im Jahre 1914 getrieben haben.

Wenn aber Lichnowskys Schrift ein besseres Versehen zwischen den beiden größten Völkern der Welt, dem deutschen und dem englischen herbeizuführen, mit behilflich sein könnte, dann wäre sie zu begrüßen.

Ausland.

Angenehme Gäste. Es ist begreiflich, daß der Schweizer Pressen Zeit zu Zeit gewisse Stoffe über die Menge der nicht immer bequemen ausländischen Gäste entzünden. Selbst die das Schweizerische Asylrecht eifersüchtig verteidigende und hochachtende Arbeiterpresse empfiehlt von Zeit zu Zeit den Ausländern, sofern sie nicht selbst von ihnen geleitet ist, etwas mehr Takt. Bei der wirtschaftlich prekären und politisch unruhigen Lage der Schweiz gewiß kein unbilliges Verlangen.

Schon beim Interniertenstreik im Behntal machten in verschiedenen Aufschriften an die Presse Schweizer Soldaten darauf aufmerksam, daß sie selbst sehr froh wären, ein solches Essen

(Brot und Reis) jemals vorgelegt zu bekommen, das damals Anlaß zur Arbeitseinstellung bildete.

Zurzeit machen nun die Unruhen, Streikbewegungen und gewalttätigen Zusammenstöße in den russischen Interniertenlagern viel von sich reden. In letzter Zeit ist eine größere Zahl russischer Deserteure aus Frankreich in der Schweiz eingetroffen, und da die Fahnenflüchtigen sich als nicht im Militärverhältnis stehend betrachten, weigern sie sich zum Teil, sich internieren zu lassen. In den Lagern andererseits werden die Vorgesetzten und Aufsichtsbearbeiter nicht als Autoritäten anerkannt, und so ist es schon zu üblen Ausschreitungen gekommen. In Herdon und Ribbes (Wallis) ist ein angesehenes Kontingent wegen renitenten Verhaltens inhaftiert worden.

Man hofft in der Schweiz, daß Deutschland bald das Einverständnis für den Abtransport dieser unbehaglichen Gäste durch sein Gebiet geben wird.

Bewerkschaftliches.

Zweiter ordentlicher Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes. Der Verbandstag in Nürnberg erörterte in einer der letzten Sitzungen Winnigs Referat über wirtschaftliche und politische Neuordnung. Obwohl Winnig sich sorgfältig bemüht hatte, jede Anspielung auf den Parteistreit zu unterlassen, erging sich die Opposition doch in den bekanntesten Redensarten gegen die Sozialdemokratie. Brandler-Ghemmiß machte sie sogar für den Machtsturz mit Rußland und die Niedertreibung der alloreichen finnischen Revolution verantwortlich. Die große Mehrheit der Delegierten wandte sich aber mit großer Entschiedenheit gegen die Revolutionsromantik, von der selbst die Groß-Berliner nichts mehr wissen wollten, wie Niederbarnim zeigte. Der Verband müsse politische Gegenwartsarbeit leisten. Im Schlußwort betrat Winnig noch einmal sehr geschickt die Notwendigkeit des Stuhles der nationalen Wirtschaftsinteressen. Von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sei keine Rede, es werde nach dem Kriege sogar zu schweren Kämpfen kommen.

Der Verbandstag erledigte in seiner Schlußsitzung die Beratung des neuen Statuentwurfs. Abgelehnt wurde u. a. ein Antrag, den Sitz des Verbandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Die Beiträge wurden wesentlich erhöht und betragen in Zukunft M. 0,50 bis M. 1,10, wofür, dazu kommen die Sozialzulagen. Dementsprechend erhöht wurden auch die Unterstützungsätze für Krankheit und Arbeitslosigkeit, Kranken-, Streik- und Sterbefälle, Krankheits- und Arbeitslosenunterstützung wurden außerdem auf das ganze Jahr ausgedehnt, während sie bisher nur auf 10 Monate beschränkt waren. Die besonderen Jugendabteilungen konnten wegen der inzwischen erfolgten Veränderung des Vereinsgesetzes in Wegfall kommen. Eine weitere Neuerung besteht darin, daß in Zukunft alle Kontrollinstanzen, auch die Revisionen und der Ausschuß, vom Verbandstag gewählt werden. Abgelehnt wurde von der Vorlage die vorgeschlagene Staffelung des Eintrittsgeldes nach dem Lebensalter. Nur Personen über 60 Jahre sollen, wenn sie ausnahmsweise noch aufgenommen werden, ein Eintrittsgeld von 10 Mark entrichten. Zahlreiche Anträge auf Befreiung oder Milderung der Karenzzeit für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden abgelehnt. Dem nächsten Verbandstag soll der Vorstand eine Vorlage über die Einführungen einer Anwaltsunterstützung unterbreiten; er soll ferner die Probe prüfen, ob es möglich sei, sämtliche Beamte auf die Hauptkasse zu übernehmen und alle Ausgaben durch die Verbandshauptkasse zu betreiben, der dann natürlich auch alle Beiträge zustießen müßten.

Alle Beschlüsse wurden einstimmig oder mit sehr großer Mehrheit gefaßt. Einen Zusammenhang mit der Opposition gab es nur bei der Satzungsänderung, die bestimmt, daß auch das Vermögen der Zweigvereine dem Gesamtverband gehört. Vertreter der Unabhängigen gaben bei dieser Bestimmung deutlich ihrer Schmachttätigkeit Ausdruck, gegebenenfalls die Bestände der Zweigvereine mitzunehmen, wenn Lokalorganisationen das Bedürfnis fühlen sollten, aus der Zentralorganisation auszuscheiden. Gegenüber fanden diese Bestrebungen nicht.

Nach Erledigung der Tagesordnung beschäftigte sich der Verbandstag eingehend mit der Frage der Fürsorge für die aus dem Kriege zurückkehrenden Militärglieder. Es herrschte im großen Ganzen Übereinstimmung darüber, daß diese Kollegen vom Verband unterstützt werden müßten. Die Festlegung der näheren Bestimmungen wurde dem Vorstand und Beirat überlassen. Endlich wurde die Verbandsleitung mit allen gegen zwei Stimmen wiedergewählt.

Zusammenschluß zweier schweizerischer Buchdrucker-Organisationen.

Der Schaffung einer einheitlichen Buchdruckerorganisation, die schon voriges Jahr durch Zusammenschluß der weit- und ostschweizerischen Organisationen Fortschritte machte, ist man ein weiteres Stück näher gekommen. Die Berufsvereinigungen für Druckereiangestellte haben seit einiger Zeit mit dem Typographenbund Verhandlungen zwecks einer Fusion gepflogen, die nunmehr vor dem Abschluß stehen. Nachdem die lokale Klasse von Zürich, dem Haupt- und Vorort, mit 28 gegen 27 Stimmen der Fusion im Prinzip zustimmte, sind die Delegierten sämtlicher übrigen Kantonsklassen angewiesen worden, deren Stellungnahme baldmöglichst herbeizuführen und sie der mit dem Typographenbund unterhandelnden Vertrauensmännerkommissionen zu unterbreiten.

Aus der Partei.

Durlach, 20. März. Die Sozialdemokratische Bürgerauschuffraktion hält heute abend im Gasthaus zum „Namm“ eine Fraktionsitzung ab. Tagesordnung: Beratung der Vorlagen zur Bürgerauschuffraktion am Freitag. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend erwünscht.

Ein Verbot. Im Frühjahr 1914, also zu einer Zeit, da wir noch im tiefsten Frieden lebten, erschien in unserem Magdeburger Parteiverlag ein kleines Buch, das betitelt: „Der treue Kamerad. Ein Beweiser durch das Kameradenleben für Arbeiterjöhne. Von A. Leonhardt.“ Was das Buch wollte, braucht man nicht näher darzulegen: allen jungen Menschen, die den Soldatenruf anziehen müssen, gute Ratschläge geben, damit sie sich in ihrer neuen Umgebung besser und leichter zurecht finden. Das Buch ist mit Liebe und warmem Empfinden für die Freuden und Leiden der jungen Soldaten geschrieben und fand infolgedessen auch viel Anklang. Obwohl ein halbes Jahr nach seinem Erscheinen der Weltkrieg ausbrach, wurde es ungehindert weiter verbreitet und seine Anjassung von unserem Parteiverlag in Internaten empfohlen.

Das ist gegangen bis — jetzt. Plötzlich hat das Stellvert. Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg entbietet die

Schrift sei „accusiert, gänzlich falsche Auffassungen über den Dienstbetrieb im Heere zu erwecken“, weshalb ihr Vertrieb „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ verboten worden ist.

Was vier Jahre lang ungesährlich war, ist also mit einem Schlag gefährlich geworden! Das ist auch so ein Stückchen aus gegen das Verbot nicht wehren; er steht seit einigen Jahren im Felde und wird sich gewiß wundern, wenn er, der das Kommissar, leben aus eigener Anschauung genau kannte und kennt, die „Wahrheit“ hört, daß er mit seinem Buche „gänzlich falsche Anschauungen über den Dienstbetrieb im Heere erweckt“ habe.

Deutsches Reich.

Wozu sind Gemeindeverbände da?

Die Vaterlandspartei des Königreichs Sachsen hat ein Rundschreiben an die sächsischen Gemeindeverbände gerichtet, in dem die Empfänger eindringlich ermahnt werden, der Vaterlandspartei in den Orten, denen sie als Oberhäupter vorstehen, die Wege zu ebnen und das Amt eines Vertrauensmannes zu übernehmen. Außerdem wird um Namhaftmachung solcher Herren gebeten, die sich vor den Wahlen der Vaterlandspartei spannen lassen würden. Das Rundschreiben ist unterzeichnet: Landesverein der Vaterlandspartei im Königreich Sachsen. Der Sendung an die Gemeindeverbände sind Verblecks- und Flugblätter beigelegt, die als „Aufklärungsmaterial“ bezeichnet werden. In den von dem herrichtigen Professor Rudolf-Gelagland herrührenden Flugblättern werden die wahnsinnigsten Annerkennungsbildungen verjagt und unter anderem ausgeführt, daß Deutschland Calais, einen großen Kolonialbesitz und eine große Kriegsentfaltung haben müßte. Dann wendet sich das Flugblatt gegen die innere politische Neugestaltung, wobei ausgeführt wird, es sei nicht wahr, daß der deutsche Soldat auch der politischen Rechte wegen kämpfe.

Dieser Machenschaft wegen wird die sächsische Regierung in der Zweiten Kammer des Landtags zur Rede gestellt werden. Das wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen beim Etat des Ministeriums des Innern geschehen. Außerdem hat auch der fortschrittliche Abg. Brodau eine Interpellation eingebracht, worin die Regierung um Auskunft darüber ersucht wird, ob sie Kenntnis davon hat, daß die Vaterlandspartei für ihre Werbetätigkeit die Autorität der Gemeindeverbände mißbraucht.

Die Beitragsbeiträge für 1918.

Die Beiträge, die von den Bundesstaaten an die Reichskasse zu bezahlen sind, haben für das Jahr 1918 mit wenigen Ausnahmen eine weitere Steigerung erfahren. Die Ausnahmen beziehen sich nur auf Bayern und Württemberg, das etwas weniger zu bezahlen hat, oder diese geringeren Beträge spielen keine Rolle gegenüber der Gesamtsumme. Es haben zu zahlen: Preußen 153 285 245 M., Bayern 24 737 931 M., Sachsen 18 390 860 M., Württemberg 9 036 069 M., Baden 8 177 838 M., Hessen 4 892 778 M., Mecklenburg-Schwerin 2 442 316 M., Sachsen-Weimar 1 593 550 M., Braunschweig 1 843 466 M., Sachsen-Meinungen 1 886 578 M., Sachsen-Altenburg 1 062 102 M., Schwarzburg-Sonderhausen 1 263 706 M., Oldenburg 1 143 102 M., Hamburg 3 872 331 M., Elb-Lothringen 7 151 926 M. Die Beiträge der übrigen Bundesstaaten betragen weniger als je eine Million, den geringsten Beitrag zahlt Schaumburg-Lippe mit 178 042 M.

Der Geldgeber-Scandal. Das Generalkommando des 9. Armeekorps (St. Altona) macht neuerdings bekannt, daß ihm wieder eine Spende — diesmal 27 000 M. — zur Verfügung gestellt worden sei zur Reinhaltung von Agenten, die im feindlichen Solde die Arbeiterkraft zum Streik aufheben. Damit sind bisher 33 000 M. im 9. Armeekorpsbezirk für diesen Zweck geopfert worden. Derartige Agenten werden kaum überführt werden können, da die Urkunden des Streiks, wie die sozialdemokratische Presse oft genug ausgeführt hat, ganz wo anders zu suchen sind. Die Kriegskameraden verdienen jetzt so fürchterlich viel Geld, daß sie schon gar nicht mehr wissen, wohin damit.

Beurteilt. Wegen Verteilung eines angeblich „Landesverräterischen Flugblatt“ wurde ein Arbeiter in Bremen vom hiesigen Kriegsgericht zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt; eine Arbeiterin erhielt 6 Monate Gefängnis. Beide befanden sich zu der sinnradikalsten Richtung. Die Verurteilten sind unglückliche Opfer anonymen Heber und Wühler!

Der Ostfrieden vor dem Reichstag.

Am Montag ist die Beratung des Ostfriedens mit Rußland und des Friedens mit Finnland im Reichstag begonnen worden, und der Reichskanzler hat als Erster dazu das Wort ergreifen.

Was an der Rede des Grafen Hertling am meisten interessiert, das ist die Feststellung, daß uns der Ostfrieden den allgemeinen Weltfrieden noch nicht sichtbar näher gebracht hat, daß wir uns also auf schwere Entscheidungen im Westen und auf Unvermeidlichkeiten vorbereiten müssen. Auch das ist ein sich nicht neu, wirkt aber durch die Bestimmtheit, mit der der Reichskanzler es zum Ausdruck gebracht hat. Ueber seiner Rede könnte das Motto stehen: „Rohr alle Hoffnung fahren“ — gerichtet an die, die bisher immer noch den Glauben an eine nahe bevorstehende Verständigung festhielten.

Die Tatsachen sind da, und es ist an ihnen nichts zu ändern. Offen bleibt nur die Frage, ob der Ostfrieden nicht das weit geöffnete Tor zum allgemeinen Frieden hätte werden können, wenn die Art, wie er zustande kam, und der Inhalt der in Brest-Litovsk geschlossenen Verträge auf die Friedenspropaganda im Westen ermutigend hätte wirken können. Der Frieden von Brest-Litovsk hat dies aber nicht getan und nicht tun können. Er hat die Friedenspropaganda entmutigt und bis auf weiteres denen die Herrschaft gesichert, die das Ende des Krieges von weiteren Entscheidungen der Waffen abhängig machen wollen. Darum können auch die scharfen Worte, die der Reichskanzler dem Westen gegenüber brauchte, kaum noch schaden, denn mildere hätten nichts genützt.

Von den Ausführungen des Kanzlers über den Friedensvertrag sind natürlich jene besonders bemerkenswert, die sich

mit der Zukunft der zu bildenden Randstaaten beschäftigen. Der Reichskanzler scheint in dem kurländischen Landestrat ernstlich den Ausdruck des kurländischen Volkswillens zu erblicken, läßt aber die Frage offen, ob nicht letzte Entscheidungen bis zur Schaffung einer wirklichen Volksvertretung verschoben werden sollen. Neu ist die Mitteilung, daß eine Abordnung des litauischen Landestrats in Berlin erwartet wird, die ihre Bereitwilligkeit erklären wird, dieselben wirtschaftlichen und militärischen Konventionen mit dem deutschen Reiche zu schließen, die der kurländische Landestrat ihm übertragen hat. Wozu sich die baltischen Barone ohne weiteres bereit erklärten, dazu hat es dem litauischen Landestrat gegenüber, der immerhin in etwas höherem Grade den wirklichen Volkswillen repräsentiert, eines mehr oder minder gelinden Druckes bedurft. Ein Punkt, über den der Reichskanzler vorläufig hinweg gleitete.

Interessant ist ferner, daß der Reichskanzler in seiner Rede, sich zur großen Unzufriedenheit der Altpreußen, Ostpreußen und Litauer ganz anders behandelte als Kurland und Litauen. Er hob hervor, daß diese beiden Länder östlich der neuen Grenzlinie liegen, die in Zukunft Rußland vom Westen trennen soll, und machte über ihr zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Deutschland nur ganz unbestimmt verstreute Andeutungen. Nun ist bekannt, daß selbst der kurländische Landestrat die Anlehnung Kurlands an das deutsche Reich nur unter der Voraussetzung billigen will, daß die Zusammengehörigkeit der baltischen Provinzen dadurch nicht zerrissen wird. Hier liegt ein ungelöstes Problem, vielleicht die Quelle künftiger Konflikte.

Der Reichskanzler hatte alles getan, um den Frieden mit Rußland als einen Verständigungsfrieden hinaufzustellen. Der sozialdemokratische Redner Genosse David ging auf diesen Diplomatenstreich nicht ein und bezeichnete den Frieden als das was er ist, als einen Gewaltfrieden. Wenn die sozialdemokratische Fraktion nicht geradezu gegen diesen Friedensvertrag stimmt, so unterläßt sie es nur deshalb, weil einen Frieden vornehmen letzten Endes doch den Krieg wollen heißt.

Berlin, 19. März.
Im Bundesratsstich: v. d. Russische, Baltica.
Sitzpräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Herr Dr. Müller-Meininger (N. B.) befaßt sich darüber, daß beim Armeekorps Hannover Landsturmeute benötigt werden, sich einmischen zu erklären, ihre Dienste auf mindestens 4 Monate von der Demobilisierung ab zu verlängern. Wer nicht bereit ist, hat sofort zu gewärtigen, zum Frontdienst zu kommen.

Herr von Braun: Es ist für die Hebergangszeit erforderlich, daß eingearbeitete Leute in den Büros zurückbleiben. Ein Druck ist nicht auszuüben.

Herr Müller-Meininger (zur Ergänzung): Ein Druck wird doch ausgeübt. Es scheinen noch genügend A.B.-Leute in den Büros beschäftigt zu werden.

Herr von Braun: Die Beschäftigung von A.B.-Leuten würde gegen die Bestimmungen verstoßen. (Lachen.) Die Zurückhaltung eingearbeiteter Kräfte ist unbedingt notwendig.

Herr Reinath (Natl.) wünscht Ausdehnung des Ausland-Nachrichtendienstes Deutschlands. — Ein Vertreter des Reichswirtschaftsrates erklärt, daß die Frage von der Reichsregierung eifrig verfolgt werde. Die Botarbeiten seien soweit gefördert, daß der deutsche Handel, Industrie und Landwirtschaft dazu gutachtlich geurteilt werden können.

Herr Gieseler (N. B.) fragt nach dem gesundheitlichen Zustand im Lager Ahmednagar in Indien.

Ein Vertreter der Militärverwaltung gibt eine Darstellung vom dem Zustande der indischen Lagern, die an großen Mängeln leiden, wenn auch schon größere Verbesserungen eingeleitet seien. Die Interessen der deutschen Internierten würden nach Möglichkeit verfolgt.

Herr v. Rüdiger (Natl.) befaßt sich über Bahngesellschaften im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erwidert, es sei nicht zu leugnen, daß die deutschen Bahngesellschaften wesentlich milder seien, als die österreichisch-ungarischen. Erleichterungen seien aber von der anderen Seite in Aussicht gestellt worden. Ob diese genügt, werde geprüft.

Herr Gieseler (N. B.) fragt nach der Richtigkeit der Blättermeldung, wonach der Schweizer Rat Wort zu Ungarnen Deutschlands dem italienischen Gesandten vertrauliche Mitteilungen gemacht habe.

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Bundesrat Ador ist als wenig deutschfreundlich bekannt. Der schweizerische Bundesrat hat erklärt, daß Ador sich eine Unforelltheit nicht habe zu schulden kommen lassen.

Herr Jäger (Zentr.) fragt nach den Maßnahmen gegen die Wehrversteigerungen.

Ministerialdirektor Dr. Debrüß: Da ein Bedürfnis vorliegt, werden Miteinigungsämter errichtet. Ihre Veranlagung findet in ausgiebigster Weise statt.

Herr Kühnert (N. B.) fragt nach einem Reichswehrgesetz.

Unterstaatssekretär Dr. Caspar: Der Entwurf eines Gesetzes ist ausgearbeitet. Die weiteren Vorarbeiten und die bundesrätlichen Unterredungen sind aber durch den Krieg verzögert worden. Ob deren Erledigung noch vor dem Ende des Krieges erfolgen kann, bleibt abzuwarten. Die Angelegenheit wird aber möglichst beschleunigt.

Darauf wird die Aussprache über die deutsch-russischen und die deutsch-finnischen Friedensverträge fortgesetzt.

Herr Stresemann (Natl.): Die ganze Politik während der Regierung des Kaisers Wilhelm II. war eine unbedingte Friedenspolitik. Niemand haben wir die Notlage anderer Völker ausgenutzt, um Deutschlands Macht auszubauen. Ausland war während des spanischen Krieges und England während des Burenkrieges der deutschen Neutralität sicher. Italien konnte Tripolis sich aneignen, während wir die Freundschaft mit der Türkei aufs Spiel setzten. Als dann errieteten wir den Krieg und den Haß der ganzen Welt. In einem selbständigen Situations sind wir einverstanden unter der Voraussetzung einer Militärkonvention mit Deutschland, sowie einer Zoll-, Münz- und Postunion. Eine völlige Selbständigkeit Litauens ist in der Praxis nicht durchführbar. Die deutschen Auslandsforderungen an Rußland müssen gelöst werden. Zur Beilegung der Milliardenlast dürfen wir nicht auf eine Kriegsmöglichkeit verzichten.

Herr Westarp (Konf.): Der Sieg im Osten gegen die gewaltige russische Heermacht war ein Sieg der Disziplin und der tech-

nischen Überlegenheit unserer Offiziere und Soldaten. Wir bedauern, daß in den Verträgen von einer Entschädigung nicht die Rede ist. Bei künftigen Friedensverträgen nach dem Westen hin bestehen wir auf einer Kriegsentchädigung in bar. Der deutsche Einfluß auf die Randvölker muß auch bei Litauen voll gewahrt werden.

Herr Ledebour (N. B.): Die roten Garbisten sind vollberechtigte russische Soldaten. Ohne weiteres sie zum Tode durch den Strang zu verurteilen, verstößt gegen das Völkerrecht. (Vizepräsident Dr. Paasche: Davon ist keine Rede, daß alle Bolschewisten zum Tode durch den Strang verurteilt werden. Großer Lärm bei den unabhängigen Sozialdemokraten. Verschiedene Rufe aus dem Haus und Erwidern seitens des Abg. Ledebour. Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung. Sie haben kein Recht, sich in die sachliche Beratung einzumischen. Ungehöriges Brabbel und Lärm bei den unabhängigen Sozialdemokraten. Gegenrufe bei den bürgerlichen Parteien. Der Abg. Haase (N. B.) wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen. Erneuter Lärm: Sie üben Zensur aus. Rufe rechts: Bolschewiki.) Deutschland schließt mit der Bolschewiki-Regierung Frieden. Dann, verheißt es die Bolschewiki und verurteilt sie zum Tode durch den Strang. Mit Finnland ist gar kein Friedensvertrag nötig, denn wir befinden uns mit ihm gar nicht im Kriege. Wir nehmen den Kampf mit den Anexionisten aller Parteien von Westarp bis Scheibemann auf.

Herr Fürst Radziwill (Pol.): Die Stellungnahme mehrerer Fraktionen zu dem Friedensschluß müßte unter dem Eindruck stehen, daß Vertreter des polnischen Volkes nicht zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen worden sind. Wir hoffen auf ein dauerndes freundschaftliches Verhältnis der Völker. An dem guten Willen unsererseits soll es nicht fehlen.

Herr v. Kumm (D. Fr.): Die Rast in Niederbarnim war die erste Antwort auf die Ablehnung des Friedensvertrages der unabhängigen Sozialdemokraten. Die Ostprovinzen müssen deutsch bleiben und zwar als eine zusammenhängende Einheit. Die baltischen Landesvertretungen bestehen seit Jahren zu Recht und sind voll berechtigt, das kurländische und litauische Volk zu vertreten. Den Forderungen Hindenburgs und Ludendorffs, diesen treuesten Dienern ihres kaiserlichen Herrn, dieser treuesten Söhne unseres Volkes, auf Sicherung unserer Grenzen darf man sich nicht widersehen.

Herr Hansen (Däne): Die Bewohner der Ålansinseln wünschen den Wiederanschluß an das Mutterland Schweden. Schweden und Finnland werden diesem Wunsch zustimmen. Damit schließt die Aussprache. — Die Vorlage wird an den Hauptauschuß verwiesen.

Es folgt die erste Lesung der Kreditvorlage (15 Milliarden). Staatssekretär Graf v. Nothen: Die täglichen Kriegsausgaben sind gestiegen, namentlich dadurch, daß viele Heimateinsparungen einbehalten worden sind. Auch in der Marineverwaltung sind die täglichen Ausgaben gestiegen. Die Kriegsschiffe Englands und Frankreichs sind auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet weit höher als bei uns. Vom Schützengraben bis zur Spitze der Kanonen. Die zusammengefaßten Kräfte des Deutschen Reiches können sich zum erstenmal in ungeteilter Wucht zum Westen wenden. Vom Westen her haben wir die alte Feindschaft vernichtet werden soll der preussische Militarismus. Dieser ist aber nicht die Wechselseitigkeit des deutschen Volkes. Nur sie hat uns vor der Vernichtung bewahrt. Ist das Wort Clemenceaus wahr, daß der Sieg, der eine Vierteljahr länger an den Sieg glaubt, dann gehen wir getrost dem Kampfe entgegen. Auf der ganzen Welt blickt man mit atemloser Spannung auf ihn. Drogen hebt die Feinde mit der Rohstoffsperrung nach dem Kreise, so kann auch das uns nicht scheitern. Die großen und gepflegten leuchtenden Wälder werden uns bald der Rohstoff für unsere Legationindustrie schaffen. Aus dunkler Not und Gefahr schießen wir zum Licht. Durch die Annahme der neuen Kriegsanleihe wird dem Vernichtungswillen unserer Feinde der Siegeswille der deutschen Nation entgegengesetzt, und so hoffe ich, daß auch das deutsche Volk bei der geistigen aufgelagerten achten Kriegsanleihe nicht versagen wird. (Lebhafter Beifall.)

Herr Haase (N. B.): Wir stimmen gegen die Kreditvorlage. Die Vorlage wird in erster und sofort in anschließender zweiter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr: Reichsbedarfs, Angelegenheit Daimler. — Schluß 6 Uhr.

Kommunalpolitik.

*** 25 Jahre Oberbürgermeister.**

Am letzten Montag waren es 25 Jahre, daß der Oberbürgermeister Herrmann in Offenburg sein Amt als Oberbürgermeister dieser Stadt angetreten hat. Ist im großen Weltgeschehen ein Zeitraum von 25 Jahren kein großer Abschnitt, so bedeutet jedoch in der Entwicklung des Städtewesens die letzten 25 Jahre einen gewaltigen Fortschritt auf allen Gebieten. Liegen doch in diesen 25 Jahren von 1893—1918 all die gewaltigen Änderungen und Umwandlungen, die auf dem Gebiete der Kultur, der Technik, des sozialen Lebens vor sich gegangen sind und die in besonderer Maße gerade auf die Verwaltung und Entwicklung der Städte so unumwunden gewirkt haben. Und auch Offenburg ist von diesen Umwandlungen nicht verschont geblieben. Aus dem kleinen Amtsstädtchen ist ein aufstrebendes, größeres Gemeinwesen geworden, versehen mit all den modernen Einrichtungen der heutigen großen Stadt. Die zurückliegende Zeitperiode brachte der Stadt den Neubau des Gaswerks, des Wasser- und Elektrizitätswerks, eines Schlachthofes, eines modernen Krankenhauses, verschiedene Schulbauten, Umbau des Rathhauses, Ausbau des Ortsstraßennetzes, große Bahnhofsumbauten und Neubauten; auf sozialem Gebiet die Errichtung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, Schaffung eines Arbeitsamts, Ausgestaltung des Schulwesens u. s. f. es sei nur diese kleine Auslese gegeben, sie genügt, um zu zeigen, welche Entwicklung das Gemeinwesen in 25 Jahren genommen. Und um all dies zu erreichen, um die Stadt an den Fortschritten der neuen Zeit teilnehmen zu lassen, bedurfte es eines Kopfes, der zäh und zielbewußt ungeachtet aller Hindernisse seinen Weg ging und mit Tatkraft und Energie alle Schwierigkeiten zu überwinden verstand. Herr Oberbürgermeister Herrmann hat diese Tatkraft in sein Amt mitgebracht und ihr verdankt die Stadt das, was sie heute ist. Die Anerkennung und Dankbarkeit, die die Bürgerstadt Offenburgs ihrem Oberhaupt ausdrückt, ist eine wohlverdiente und auch wir möchten nicht verfehlen, Herrn Oberbürgermeister Herrmann unsere Glückwünsche auszusprechen.

Eine Ehrung des Oberbürgermeisters durch die städtischen Kollegien fand Montag Nachmittag im festlich geschmückten Bürgerhalle statt. Stadtrat und Bürgerausschuß waren vollständig versammelt. Stadtrat Schimpf gedachte in einer Ansprache der Verdienste von Oberbürgermeister Herrmann um die Stadt und beantragte namens des Stadtrats die Bewilligung einer jährlichen Funktionszulage von 2000 M. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Namens der Gemeindevertretung übermittelte jedoch Stadtrat Monich die Glückwünsche und den Dank der Gemeindefunktionäre, er gedachte auch der Tätigkeit der Frau Oberbürgermeister. Stadtdommann Caspell schloß sich diesen Ausführungen namens der Einwohnerschaft an. Herr Oberbürgermeister Herrmann dankte in herzlichen Worten für die Ehrungen. Zum Andenken widmete Stadtrat und Bürgerausschuß dem Oberbürgermeister ein prächtiges Gemälde des einheimischen Künstlers Augustin Kolb.

Baden.

Die Kleideraufkäufe durch die Reichsbekleidungsstelle.

Die Reichsbekleidungsstelle Berlin äußert sich in ihrer neuesten (soeben erschienenen) Nummer ihrer Mitteilungen über die Aufkäufe großer Posten Herrenkonfektion in Karlsruhe, Konstanz und Freiburg, die unter der Bevölkerung erhebliche Beunruhigung hervorgerufen haben. In der Darstellung der Reichsbekleidungsstelle wird darauf hingewiesen, daß sich der Reichsausschuß für bürgerliche Kleidung mit den Sachverständigen der Herrenkonfektion in Verbindung gesetzt habe, um durch diese die notwendigen Kleidungsstücke für Arbeiter der Eisenbahn, Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie freizubekommen. Es habe sich gezeigt, daß die Abzahlungsgeschäfte im ganzen deutschen Reiche noch über besonders große Lager aus der Friedenszeit verfügten und deshalb sollten die gesamten Vorräte der Abzahlungsgeschäfte der Reichsbekleidungsstelle zugänglich gemacht werden. Wenn nun auch Angebote von solchen Kleiderhändlern eingefordert wurden, die nicht Abzahlungsgeschäfte betreiben, so sei das ohne Wissen der Reichsbekleidungsstelle geschehen, die auch solchen Angeboten nicht näher getreten sei und davon bisher nicht ein einziges Stück erworben habe. Die Reichsbekleidungsstelle sehe auf dem Standpunkt, daß den Städten so viel Herrengarderobe verbleiben müsse, als für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung notwendig ist.

Diese Ausführungen der Reichsbekleidungsstelle besagen herzlich wenig. Die Vorräte, die gegen diese Stelle erhoben wurden, betrafen nicht allein die Tatkasse, daß die Stelle in den Städten Kleiderstoffe aufkaufen ließ, sondern vor allem auch die Tatsache, daß sie geradezu Wucherpreise zahlte. Wir verweisen auf die Stadt Konstanz, wo für über 800 000 M. Waren aufgekauft wurden bei einem Inventurwert von 290 000 M. Das hinaufreißen der Preise war es vor allem, was das Verhalten dieser Reichsstelle so verurteilenswert machte. Wir werden ja wohl im Landtag bei Besprechung der diesbezüglichen Interpellation des weiteren hören.

Vom Frauenwahlrecht. Eine in Heidelberg abgehaltene nationalliberale Frauenversammlung nahm eine Entschließung an, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß der badische Landtag sich zugunsten der Verleihung des aktiven und passiven Gemeinwahlrechts an die Frauen unter den gleichen Bedingungen, wie es für die Männer ausgefaltet werden soll, entscheiden wird.

Aus den Beratungen der Zweiten Kammer.

Die Zweite Kammer stimmte in ihrer gestrigen Nachmittags-Sitzung zunächst dem Staatsvoranschlagsstiel über die Eisenbahn-Eisenbahnklasse zu und genehmigte dann einen Gesetzentwurf über die Gehaltsordnung. Die einzelne Bestimmung dieses Gesetzentwurfs betrifft Arbeiter, die ins Beamtenverhältnis kommen. Weiter stimmte die Kammer dem Gesetzentwurf über die Ergänzung der Gemeindebesteuerung zu. Nach diesem Gesetz soll den Gemeinden die Gelegenheit der Doppelbesteuerung erweitert werden. Weiter findet Annahme der Gesetzentwurf über die Naturalleistungen und über den Gahholzbezug in den Gemeinden.

Es folgt die Besprechung des Antrags Fischer (N. Bgg.) über die Sommerzeit. In der Aussprache über diesen Antrag wird von verschiedenen Seiten gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit gesprochen. Es wurde dabei darauf hingewiesen, die Sommerzeit bedeute eine Schädigung der Gesundheit. Von der Abg. der Rechtsl. Bgg. des Zentrums und der Sozialdemokratia wird beantragt, den Antrag Fischer anzunehmen. Der Regierungsvortrag teilte mit: Da die Nachteile die Vorteile der Sommerzeit überwiegen, haben wir den bad. Bundesratsbevollmächtigten angewiesen gehabt, gegen die Einführung der Sommerzeit zu stimmen, nachdem er aber nicht durchbrang, beantragte er, daß sie nicht länger ausgedehnt werde als im vorigen Jahr. Das wurde auch erreicht. Der Antrag Fischer gegen die Sommerzeit wird daraufhin angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 21. März, nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Das Murgewert.

Teure Grüße! Werden auf Postkarten oder in Briefen, die von Privatpersonen an andere Privatpersonen, Firmen etc. zur Versendung mit der Post ausgeliefert werden, von einem Heeresangehörigen kurze Mitteilungen hinzugefügt, so hat der Absender das volle Porto für die Sendung zu entrichten. Der Vermerk „Feldpostbrief“ ist in diesem Falle nicht statthaft. Desgleichen dürfen Postkarten und Briefe, die von Militärpersonen zur Abhebung kommen, nicht mit Mitteilungen und Zusätzen von Privatpersonen beschriftet werden, wenn sie den Anspruch auf portofreie Beförderung unter „Feldpostbrief“ haben wollen. Täglich wiederholen sich die Fälle, daß im Heeresdienst stehende Personen Postkarten zur Versendung bringen, auf denen andere Personen „Grüße übersenden“ oder „Glückwünsche zum Ausdruck bringen“. Ein derartiges Verfahren ist durchaus unzulässig. Es werden nicht allein die Absender, sondern auch sämtliche Mitunterzeichneten wegen Vorziehung bestraft und zwar kostet jeder Fall einer solchen Übertretung drei Mark Strafe und außerdem noch das Porto für die unfrankierte Sendung. So haben jüngst der Absender und neun Mitunterzeichnete einer am Viertische geschriebenen Ansichtskarte mit dem Vermerk „Feldpostbrief“ zusammen 30 M. Strafe und 1,50 M. hintergelassenes Porto zahlen müssen.

Neue Höchstpreise für Schlachtvieh. Bei der Beschaffung des Schlachtviehs für das Heer und die Bevölkerung haben sich seit einiger Zeit insofern Schwierigkeiten ergeben, als es zur Deckung

Danksaagung.

(91. Liste.)

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst einberufenen Wehrpflichtiger sind an Geldgaben in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1918 weiter eingegangen:

Bei Mitgliedern des Stadtrats von: G. W. 1500 Mk., 3 100 Mk., Fabr.-Dir. Dr. Döderlein (w. G.) 30 Mk., ferner bei: der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft von: Rechtsanwalt Dr. Hugo Schrag (43. Gabe) 30 Mk., Stadtsarzt Dr. Gannes (w. G.) 50 Mk., Mag. Hohnmann (w. G.) 50 Mk., „Altenheim“ 50 Mk.; ferner Monatsbeiträge von: Pfannkuch u. Co., G. m. b. H. 200 Mk., Ungenannt 10 Mk., der G. F. Müller'schen Hofbuchhandlung 100 Mk., R. R. 5 Mk., E. C. Küter 50 Mk., Geschw. Boer 10 Mk., den Bad. Lederwerken 50 Mk., Gen.-Agent W. Hermann 25 Mk., Bankdir. D. Gugenheim 25 Mk., Gg. Kienle sen. 50 Mk.; dem Bankhaus Heinrich Müller von: Med.-Rat Bähr (f. Jan.) 30 Mk., (f. Febr.) 30 Mk., der Gesellschaft „Bärenzwinger“ (w. G.) 150 Mk.; der Rheinischen Kreditbank von: Präsident Dr. Friedr. von Engelberg 300 Mk., D.-Gewerbestr. Dr. Goldmann (w. G.) 20 Mk., Konful G. Regensburger (w. G.) 500 Mk., Frau Prof. H. Mayer 20 Mk., Frau Geh. Hofrat Dr. Helene Arnold (f. Jan.) 50 Mk., Geh. Hofrat Dr. Edgar Blum (f. Jan.) 100 Mk., Hof. Sautier 100 Mk., Frau Geh. Hofrat Dr. Helene Arnold 50 Mk., Prof. Predig (w. G.) 20 Mk., Gr. Wauert a. D. Ed. Lang 50 Mk., Prof. Dr. Hans Hansrath 50 Mk., Geh. Hofrat Dr. Blum (f. Febr.) 100 Mk., Prof. Dr. Hans Hansrath 50 Mk., Geh. Hofrat Dr. Blum (f. Febr.) 100 Mk., Hof. Sautier 100 Mk., Geh. Kom.-Rat Dr. Rob. Koelle 500 Mk.;

ferner monatliche Gaben von: Freifrau Karoline von Güler geb. Freiin von Gahling 100 Mk., Prof. Karl Geth 20 Mk., Minister Dr. Heim. v. Bodman, Gg., 100 Mk., O.-Revisor Karl Reberle 10 Mk., Frau Emma Rebis 50 Mk., Prof. Hans v. Holtmann 30 Mk., Geh. Hofrat E. Kufbaum 50 Mk., Zeichenlehrer E. Bender 10 Mk., Hofrat Prof. Sch. Ordensheim 50 Mk., Notar Dr. Schwarzschild 50 Mk., Dr. Rich. Behrens 25 Mk., Prof. Dr. Ludwig Arnberger 50 Mk., Major G. v. Frisching 50 Mk., Berg u. Strauß 100 Mk., Freifrau Karoline von Güler geb. v. Gahling 100 Mk., Prof. Karl Geth 20 Mk., Staatsminister Febr. Dr. G. v. Bodman, Gg., 100 Mk., Zeichenlehrer E. Bender 10 Mk., Dr. Rich. Behrens 25 Mk., Major von Frisching 50 Mk., Geh. Hofrat E. Kufbaum 50 Mk., Prof. Hans v. Holtmann 30 Mk., Frau Emma Rebis 50 Mk., Prof. Dr. Ludw. Arnberger 50 Mk., Notar Dr. Schwarzschild 50 Mk., Geh. Hofrat Dr. Sch. Ordensheim 50 Mk., Berg u. Strauß 100 Mk.; dem Bankhaus Reitz 2. Hamburger von: Frau u. Co. (f. Febr. 18) 50 Mk.; ferner Monatsbeiträge von: Med.-Rat Dr. Gutmann 50 Mk., Dr. Theob. Hornburger 25 Mk., Geh. Fin.-Rat Elshäuser 50 Mk., Geh. Hofrat Reber 25 Mk., Cecilie Hinzheimer 20 Mk., Dr. R. Hofenberg 30 Mk., Frau A. Bing 20 Mk., Stadtpfarrer Hesselbacher 20 Mk., Otto Siegel 500 Mk., Niend.-Rat Rebus 25 Mk., Frau Minister Honell 50 Mk.;

der Badischen Bank (mehrere Gaben) von: Dr. Th. Längin 15 Mk., Geh. Hofrat Dr. A. Bendiger 100 Mk., Baronin von Monteton 50 Mk., Stadtpfarrer Dr. R. Weidner 50 Mk., Prof. Kaufm. Ritter 100 Mk., Veterinärarzt H. Kofelberg 20 Mk., Frau A. Feist Wwe. 50 Mk., Med.-Rat Dr. Brian 20 Mk.; dem Bankhaus Götz von: O.-Revisor A. Henninger (w. G.) 10 Mk., Hl. Henninger, Leischi i. Schweiz (w. G.) 10 Mk.; dem Bankhaus Strauß u. Co. von: M. und S. Götz (w. G.) 20 Mk., Geh. Hofrat Dr. Bing (w. G.) 100 Mk., Frau Sigmond Vornheimer (w. G.) 100 Mk.; ferner für Februar von: Frau Vera Gutmann Wwe. 25 Mk., Kom.-Rat Dr. R. A. Strauß 500 Mk., Dr. A. Stein 100 Mk., Leonore Schürmann 50 Mk., Anneliese Schürmann 50 Mk., Frau Rosa Heilbronner Wwe. 50 Mk., Rechtsanw. Dr. R. Strauß 200 Mk., R. Goldberg 100 Mk., Emilie Auerbach 20 Mk.; der Stadtasse von: der Bad. Bank (f. Febr.) 200 Mk., Oberbürgermeister Siegrist (w. G.) 50 Mk., Bürgermeister Dr. Gortmann (monatl. Gabe) 50 Mk., Minister Dr. Hübsch, Gg. (w. G.) 50 Mk., Hl. Mayer (w. G.) 5 Mk., R. A. (w. G.) 10 Mk., L. Reck (w. G.) 20 Mk., R. A. (w. G.) 10 Mk., Dr. Friedr. Fürtz (w. G.) 50 Mk., Siegfried Stern (f. Febr.) 30 Mk., Med.-Rat Dr. F. Krumm (f. Febr.) 100 Mk., Ludw. Pauer 10 Mk., W. Ruhn (w. G.) 5 Mk., Frau Stadtrat Dr. D. (f. Jan. u. Febr.) 40 Mk., O.-L.-Ger.-Rat Fürtz (w. G.) 50 Mk., Geh.-Rat Dr. Bunte (f. Febr.) 100 Mk., Carl Rogge (w. G.) 10 Mk., Gen.-Oberret. Karl Scholz (w. G.) 20 Mk., Gertrud Hent 10 Mk., E. G. (w. G.) 25 Mk., Frau E. (w. G.) 30 Mk., Familie Künzel (w. G.) 20 Mk., Frau Hub. Herrmann 20 Mk., Rechtsanw. Matheis (w. G.) 100 Mk., Frau Prof. Tina Lang 10 Mk., O.-Revisor Karl Weber 10 Mk., Rechn.-Rat Fel. Spiegel 5 Mk., Vermine Hofpaupt, Spilber 10 Mk., O.-Rechenlektor J. Emele 15 Mk., O.-Revisor Albert Hartmann 10 Mk., Geh. O.-Reg.-Rat Eiderer (w. G.) 50 Mk., Frau Frau

(w. G.) 20 Mk., Prof. Seil (w. G.) 20 Mk., Frau Maurat A. Hummel (w. G.) 50 Mk. überreicht durch die Mitteldeutsche Kreditbank) ferner der Betrag von 603 38 Mk. (Einnahmen anläßl. des Festakts zur Feier von Kaisers-Geburtstag im Konzerthaus am 26. Januar 1918).

Im Wege freiwilliger Gehaltsabzüge (je hälftig für das Rote Kreuz und die Familienunterstützung bestimmt) gingen im Monat Februar ein von: Reichsbeamten 111 Mk. 50 Pfg., Staatsbeamten 2113 Mk. 50 Pfg., Lehrern (einschl. Mittelschulen) 2583 Mk. 20 Pfg., städtische Beamten 900 Mk. 50 Pfg., zusammen 5708 Mk. 70 Pfg.

Ferner gingen als fortlaufende monatliche Gaben im Monat Februar ein von: Seiner Großh. Hoheit dem Prinzen Max und seiner Königl. Hoheit der Prinzessin Max 500 Mk., R. A. Adler 50 Mk., der Brauereigesellschaft vorm. R. Schrenpp 100 Mk., Dr. Bürtlin, Gg., 300 Mk., R. A. Göttinger 100 Mk., Ludw. Göttinger, Kaufm., 40 Mk., F. Fuchs Söhne 150 Mk., Geschw. Gutmann 25 Mk., Gebr. Henkel 50 Mk., Karl Junler, Kom.-Rat-Witwe 50 Mk., Geschw. Knopf 500 Mk., Gebr. Leichlin 100 Mk., Louis A. Stern u. Co. 150 Mk., der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe 250 Mk., Zahnarzt A. Münzheim 50 Mk., der Brauereigesellschaft S. Roninger 200 Mk., Neu u. Girsch 30 Mk., der Brauerei A. Prink 100 Mk., R. Ritten 50 Mk., Johannes Schlaile, Pianolager, 30 Mk., der Eisengießerei J. Seneca 50 Mk., Buchdruckereibesitzer F. Thiergarten 100 Mk., Hermann Tief 250 Mk., Wader u. Kant 100 Mk., R. G. Wimpfheimer 300 Mk., J. Würzburger, J. Henle Nachf., 30 Mk., Bernhard Würzburger 50 Mk., Kom.-Rat Fr. Soepfner 100 Mk., der Mühlburger Brauerei, vorm. von Seibenedische Brauerei 100 Mk., Staatsminister Frau. v. Dusch, Gg., 150 Mk., Prof. A. Reichenberger 10 Mk., Fabrikant Albert Mändle 20 Mk., Fabrikant Louis Maier 20 Mk., der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefe-Fabrikation vorm. G. Simmer 300 Mk., J. Bähr, Eisenwaren, 10 Mk., Vogel und Schürmann 150 Mk., Obering. Adolf Götger 20 Mk., der Rhein. Asphalt- und Zementplattenfabrik G. m. b. H., 25 Mk., der Karlsruher Parfümerie- und Toilettefabrik J. Wolff u. Sohn, G. m. b. H., 250 Mk., Friedr. Ade 10 Mk., Joh. Arnold 1 Mk., Kaufm. D. Baer 10 Mk., Obergeom. E. Haber 25 Mk., Magd. v. Beck 10 Mk., Apoth. J. Beder 20 Mk., Wilh. Beisel 1 Mk., Heinrich Berger 5 Mk., Geh. Rat Wittmann 20 Mk., Privatier J. Heuler 30 Mk., Ernst Blum Wwe. 1 Mk., Blättermeister Fr. Braun 5 Mk., Kom.-Rat G. Bung 10 Mk., Bankbeamter H. Vujer 3 Mk., Arzt Curtjel 150 Mk., Hl. J. u. C. Delorme 1 Mk., R. Diehm 1 Mk., der Südd. Disconto-Gesellschaft 100 Mk., Dir. Ludw. Müll. Duca 2 Mk., Dir. Dr. Erhardt 10 Mk., Hans Gelmann, Wirt, 20 Mk., Zeichenl. G. Geth 5 Mk., Augenarzt Dr. Göttinger 20 Mk., J. Rees Wwe. 2 Mk., der Buchdruckerei „Fidelitas“ 5 Mk., Frau Reinh. Fischer 5 Mk., Hl. B. Klattau 1 Mk., Kammerleut. Oberfrant 10 Mk., Gen.-Rup. A. Frensen 10 Mk., Oberbauart. Fuchs 45 Mk., Rechtsanw. Fuchs 50 Mk., J. van Gorkom 3 Mk., Gebr. Gogener 10 Mk., Kaufm. Wilh. Heintze 2 Mk., Kaufm. Waldemar Dünge 1 Mk., Fabrikant Ulrich Hof Wwe. 10 Mk., Dr. Joh. Holtmann 5 Mk., Gg. Hummel 5 Mk., Fr. Galmann 10 Mk., Frau Gumbel 10 Mk., Ing. S. Kaufmann 6 Mk., Hl. Maria Kiefer 10 Mk., dem Kaiser-Kinematographen 2 Mk., Dir. R. Kimmig 35 Mk., Kaufm. Emil Reich 20 Mk., Bauherr. W. König 5 Mk., B. Hofmann, Bauart, 20 Mk., Frau Küchenthal, Oberst-Wwe., 20 Mk., Med.-Rat Kufel 5 Mk., Bern. Langenhein 3 Mk., Kaufm. Fr. Leppert 5 Mk., Reg.-Baumeister Linde 30 Mk., Geh. Reg.-Rat Maltebrein 12 Mk., Rechtsanw. Dr. Marx 10 Mk., Prof. Dr. Aug. Marx 25 Mk., Frau Raffler 2. Mauerer 1 Mk., J. Th. Meher 20 Mk., Kaufm. Frz. Meißner 2 Mk., Stadtrat J. Reith 20 Mk., Kom.-Rat R. Rominger 25 Mk., Hof. Reumaier 5 Mk., Kaufm. R. Rohr 25 Mk., Fr. Prink, Rein.-Wwe., 120 Mk., Frau Hof.-Führer Ritter 3 Mk., Fabrikant Rob. Rees alt 130 Mk., Verdas Rudmann 1 Mk., Joh. Schäffer 2 Mk., Math. Schneider 3 Mk., Schönberger Wwe. 1 Mk., Just. Senfert 2 Mk., Rechn.-Rat Siedinger 3 Mk., Dr. Joh. Schmitt 5 Mk., Bädermitz. J. Schöninger 5 Mk., Geidw. Traub 4 Mk., Friedr. Wöfler 1 Mk., Jul. Wachenheimer 10 Mk., Wilh. Weber 2 Mk., Zahnarzt S. Weigle 5 Mk., Rechnungsrat Wehrle 5 Mk., W. Wina Weißenberger 2 Mk., Friedr. Weber 1 Mk., G. Wener 5 Mk., Hl. Vera Widmer 3 Mk., Optiker Wiler 20 Mk., Bauart a. D. Willard 30 Mk., Prof. Wittmann 1 Mk., Geh. Kom.-Rat Fr. Wolff 50 Mk., Chemiker Dr. E. Wundt 10 Mk., Karl Wurtz 1 Mk., Bantouchhalter Zimmer 4 Mk., Ehr. Zimmermann 20 Mk.

Von dem Hilfsausschuß der Kriegsfürsorge in Weierheim gingen ein 439.20 Mk. Seit 1. Januar 1918 sind eingegangen insgesamt 24 274.88 Mk. Wir danken dafür herzlich und bitten um weitere Spenden!

Karlsruhe, den 18. März 1918.

Für den Stadtr. t:
Die Kriegsunterstützungs-Kommission.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für hier und auswärts:

Bauschlosser, Blecher und Installateure, Eisenschreier, Elektro-monteur, Masch.-Schlosser, Wagner, Schreiner, Zimmerleute, Maler, Sattler, Küler, Frizer u. Raschisten, Maurer, Bautagslöhner, Fabrikarbeiter, Steinbauer, Konditoren, Schneider, Schuhmacher, Friseur, Abfüller für Limonaden, Fuhrleute u. Tagelöhner, Hausburgen für Geschäftshäuser und für das Hotel- und Gastwirt-gewerbe.

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100, II. 2917

Für auswärtige Arbeit ein tüchtiger **Zimmerpolier** gesucht. 2940
Näheres Baugehäft Wilhelm Etober, Karlsruhe Zähringerstraße 13.

Oster-Neuheiten

sind in bekannter Auswahl eingetroffen:

Jacken-Kleider in reinwollenen und halbwollenen Stoffen
Seiden-Jacken-Kleider aus Taffet, Gabardin, in eleganten Formen
Vornehme Seidenkleider in flotten Macharten
Imprägnierte Seidenmäntel, Seiden- und Moiré-Jacken
Ripsmäntel Tuchmäntel Paletots
Röcke aus Seide, Kunstseide, Wolle und Fantasie-stoffen
Blusen aus Seide, Tüll, Chiffon, Voile, Wolle und Waschstoffen

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstrasse 34, eine Treppe. 2832

Konfirmanden- u. Kommuikantengeschenke

in grosser Auswahl
Ringe, Broschen, Collier, Kreuzchen, Nadeln, Ketten, Manschettenknöpfe usw.
: : Ausverkauf wegen Umzug. : :
Fr. Widmann, Juwelier, Kaiserstr. 223,
Eigene Werkstätte für Neuarbeiten sowie Reparaturen. 2642

Verlag der A.-G. Badenia Karlsruhe.

Briefe aus der Residenz

von Eufstadius Dintemüller.
Angestellter I. Gehaltsklasse. 2947
I. Bändchen, 2. Auflage II. Bändchen, 1. Auflage.
In Umschlag geheftet je Mk. 1.50.

Den humorvollen Briefen wird bei ihrem ersten Erscheinen allseitig eine freudig Aufnahme zu teil. Gewiß werden auch jetzt wieder Tausende darnach greifen, um sich einige heitere Stunden zu bereiten. Draußen an der Front werden die Briefe großen Anklang finden, denn so schrieb kürzlich ein Kompagnie-führer:
... Wir warte alle drauf!
Vorrätig in allen Karlsruher Buchhandlungen.

3 tücht. Maschinenschlosser

zum sofortigen Eintritt gesucht.
Lederfabrik Durlach, Herrmann & Eitfinger,
Durlach bei Karlsruhe (Baden). 2930

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl tüchtiger 2901

Männer u. Frauen

für verschiedene Betriebe bei der Stadtverwaltung.

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100.

Stiefel

mit Holzsohle, Gr. 27-30, frisch eingetroffen.
Mittwoch und Donnerstag
Nachmittag von 2 Uhr ab
Verkauf von dieser Ware.

Madlener 2942
Schuhgeschäft
Rüppurrerstraße 20.
Eine gute Kinderbettstatt, eiserne, zu verkaufen. 2935
Goethestr. 17, 2. St. z.

Druckfachen 2944
Buchdruckerei Volkstreu.

Ständesbuch 2944
Ständesbuch 1917/18 der Stadt Karlsruhe. Herausgegeben von Friedrich Fingler von hier, Installateur hier, mit Katharina Kaiser von Badangelloch. Todesfälle, Ernestine Gartenlein, 81 J. alt, ledig, Klebermaderin; Maria Rummel, 39 Jahre alt, ledig, Kleidermacherin. Richard Schuler, Wechenermeister, Chemann, 56 J. alt, August Bruber, Lokomotivführer a. D., Chemann, 71 J. alt, Franz Jäger, Kaufmann, Chemann, 56 J. alt.

Papier.

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Prieschafens, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verarbeitend an neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Baldstraße 28, abzuliefern.

A. Braun & Co.

Anmeldungen von Lehrstellen
in allen Berufen
(Handwerk, Handelsgewerbe usw.) für **Knaben und Mädchen**
nimmt jetzt schon für Ostern 1918 entgegen
Städt. Arbeitsamt 2194
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100.

Land.
„Schiffbau“
einen dritten An-
Die Antimarin-
schlagen und von
nten, wurden die
autlich) Reuter.
etersburg und in
übrigen Truppen
rote Garde we-
autlich) Es ist
der Klammern
des zu schellen
für erreichen kom-
reibatlegatama)
n der Provinzial-
ittelbaren Abhäng-
riedensbedingun-
ernräte, 27 Res-
oldatenräte waren
ie einer Kopon-
etersburg
chten Tagen den
Es soll dem
ganzen Regiment
en und Munition
ment sollen sich in
geschloßen haben,
in Ordnung. In
reise aus Peters-
opelreichen Wäldern
ten.
u.
ne Unterseeboot-
urde bei der emp-
uge herausgehob-
mit Munitions-
bedeutung.
der Marine.
ments.
ntlich.) Reuter.
Der König verlas
ngen betont, die
sterhafte und er-
immung mit den
ntlich feitzuhalten
spielen der fried-
aufmerksam be-
nde zu verstärken.
Vorlage zur Am-
hen unterbreiten.
sehen über geziel-
abnahmes durch
Kochlenförderung
er Landwirtschaft
iffahrt, zur finan-
ziarischen
um die Abwande-
ion.
können Sie un-
suchen, wenn Sie
45 Jahre alt sind,
t, können Sie sich
ich, sondern durch
spagniesfähiger.
ung von Kranken-
ahrungsmitteln.
er von der Aerzte-
hren Arzt so
ommerstag) 2936
Hermann Kahl,
Karlsruhe, Durlach

LULU

Luxeum = Lichtspiele

Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Lisa Weise
ihn vom neuesten Film

Edelweiss
Drama in 4 Akten.

In den übrigen Hauptrollen:
Melly Lagarst und Karl Beckersachs.

Rita Clermont
in dem Lustspiel

Exzellenz Lottchen
3 Akte. 2987

P. T. Palast-Theater P. T.

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Von Mittwoch bis einschl. Freitag!

Mady Christians
in 2996

Frau Marias Erlebnis.
Schauspiel in 4 Abteilungen. Verfasst von H. Fredal.

Manny Ziener
in

Lola die Schlangenfängerin.
Lustspiel in 2 Akten. Regie: Karl Heinz Wolff.

Gewerkschafts-Kartell
Karlsruhe.
Donnerstag, den 21. März 1918, abends 8 Uhr, in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße 13

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Jahresberichte.
3. Massenberichte.
4. Beitragsregelung.
5. Neuwahl der Gesamtwahlmänner. 2993

Das pünktliche Erscheinen aller Vertreter ist unbedingt notwendig.

Die Kommission.

Gemüsefamen
zum Selbstkostenpreis wird noch abgegeben. 2998

Städt. Gartenamt.

Junge Mädchen
im Alter von 14-15 Jahren finden Beschäftigung bei

F. Wolff & Sohn
G. m. b. H. 2799
Karlsruhe,
Durlacher Allee 31/33.

Pfannkuch & Co
Früh gewässerten

Stock = Fisch
Pfund 1.60
feinste getrocknete

Klippfische
zum Selbstkostenpreis, sehr vorteilhaft

Pfund 3.20

Pfannkuch & Co
G. m. b. H. den bekanntesten Verkaufsstellen

Residenz-Theater
Waldstrasse.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag.

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Die Kunst zu heiraten.
Ein Possenspiel in 3 Akten mit

Viggo Larsen.

Monna Vanna.
Nach einer Legende umgearbeitet zu einem Schauspiel in 4 Akten. 2999

Ab kommenden Samstag:
Der Herr der Welt. 2. Teil.

Privat-Spargesellschaft
in Karlsruhe.

Zur

VIII. Kriegsanleihe

vermitteln wir Zeichnungen für unsere verehrlichen Mitglieder unter den früheren Bedingungen.

Einstellung der Verzinsung der abgeschriebenen Beträge bei unserer Kasse 31. März. Beginn der Verzinsung bei der Reichsschuldenverwaltung 1. April.

Die Sparbücher sind zur Zeichnung vorzulegen.

Wird unsere Vermittlung nicht beantragt, sondern Barzahlung verlangt, so treten die satzungsmässigen (für die Dauer des Kriegszustandes verdoppelten) Kündigungsfristen in Kraft. 2904

Karlsruhe, den 16. März 1918.
Der Verwaltungsrat.

Zeichnungen auf die

8. Kriegsanleihe

nehmen wir zu den Zeichnungsbedingungen kostenfrei entgegen. 2984

Wir bitten unsere Mitglieder und Geschäftsfreunde, sich auch diesmal wieder mit allen Kräften an der Zeichnung zu beteiligen und uns ihre Aufträge zuzuweisen.

Für Zeichnungen unter Mk. 100.— geben wir Anteilscheine in Höhe von Mk. 10.—, Mk. 20.— und Mk. 50.— aus.

Volksbank Durlach e. G.
Bank und Sparkasse.

Lehrlinge gesucht
für hier und auswärts.

Abteilung für Handwerker:

Gärtner	Maler und Anstreicher
Schmiede	Zimmerer
Wächner und Installateure	Dachbeder
Bauper	Raminfeger
Buchbinder	Schiffelker und Buchdrucker
Sattler und Tapezierer	Schweizerdegen
Goldschmied	Steindrucker u. Lithographen
Schreiner	Photographen
Schiffbauer	Kupferdrucker
Pfäler	Kupferstecher
Schneider	Stempeldruckerei
Schuhmacher	Graveure
Friseur	Zahntechniker
Glasler	

Abteilung für kaufmännisches Personal:

Eisenhandlungen	Summitoren u. techn. Artikel
Haus- und Kücheneinrichtung	Büchleinhandlungen
Barenhäuser	Musikalienhandlungen
Drogerien	Buchdruckerkontor
Zigarrengeschäfte	Veranstaltungsbüro
Serrenkonfektion	Vericherungen
Büchereiausstattungen	Löhrenhandlung
Farben und Lackfabrik	Gewürz- und Darmhandlung
	Detailgeschäfte

Abteilung für Hotel- und Wirtschaftspersonal:
Küche- und Kellerlehrlinge

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstraße 100.

Tüchtige Werkzeugdreher
gesucht.
Peter Pa...n, Maschinenfabrik
Karlsruhe, Durlacher Allee 43. 2941

Für
Beruf und Einkauf

empfehlen wir:

- Markttaschen (Wachstuch) sowie in Ersatzstoffen
- Verlängerungstaschen
- Ringsstofftaschen
- Frühstückstaschen
- Schaffertaschen
- Reise-Handtaschen
- Rucksäcke
- Wickel- u. Stulpen-Garnaschen
- Bosenträger
- Brieftaschen
- Uhr-Armbänder

Koffer-Haus Geschw. Linnis
51 Kronenstrasse 51
— Telephon 1451. —
Annahme v. Reparaturen in Damettaschen u. Geldbeutel. 5747

Malerarbeiten!

Maler, Anstreicher und Zimmerdeckerarbeiten werden prompt ausgeführt vom Malergeschäft Werderstr. 83 der Schützenstr. 18. 2113

Rüchenschrank, Vertiko, Diwan, ganz
Einrichtungen laust
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft,
Marktgrasentrache 23.

Billige Postkarten!

100 sort. Glanz-, Liebes-, Blumen-, Kriegs- und Landschafts-, Kopf-, Kunst-, Kinder-, Witz- und Bromsilberk. usw. 3 Mk. Gangbarstes Prachtsortiment 6 80 Mk. (10-30 Pf Verkauf). Tausende Anerkennungen. Oster-Karten 8.-, 5.-, 6.-, 10.-, M. usw. P. Wagenknecht, Verlag, Leipzig.

Pfannkuch & Co
Frische
Salzbohnen
empfehlen 2928

Pfannkuch & Co
G. m. b. H. den bekanntesten Verkaufsstellen